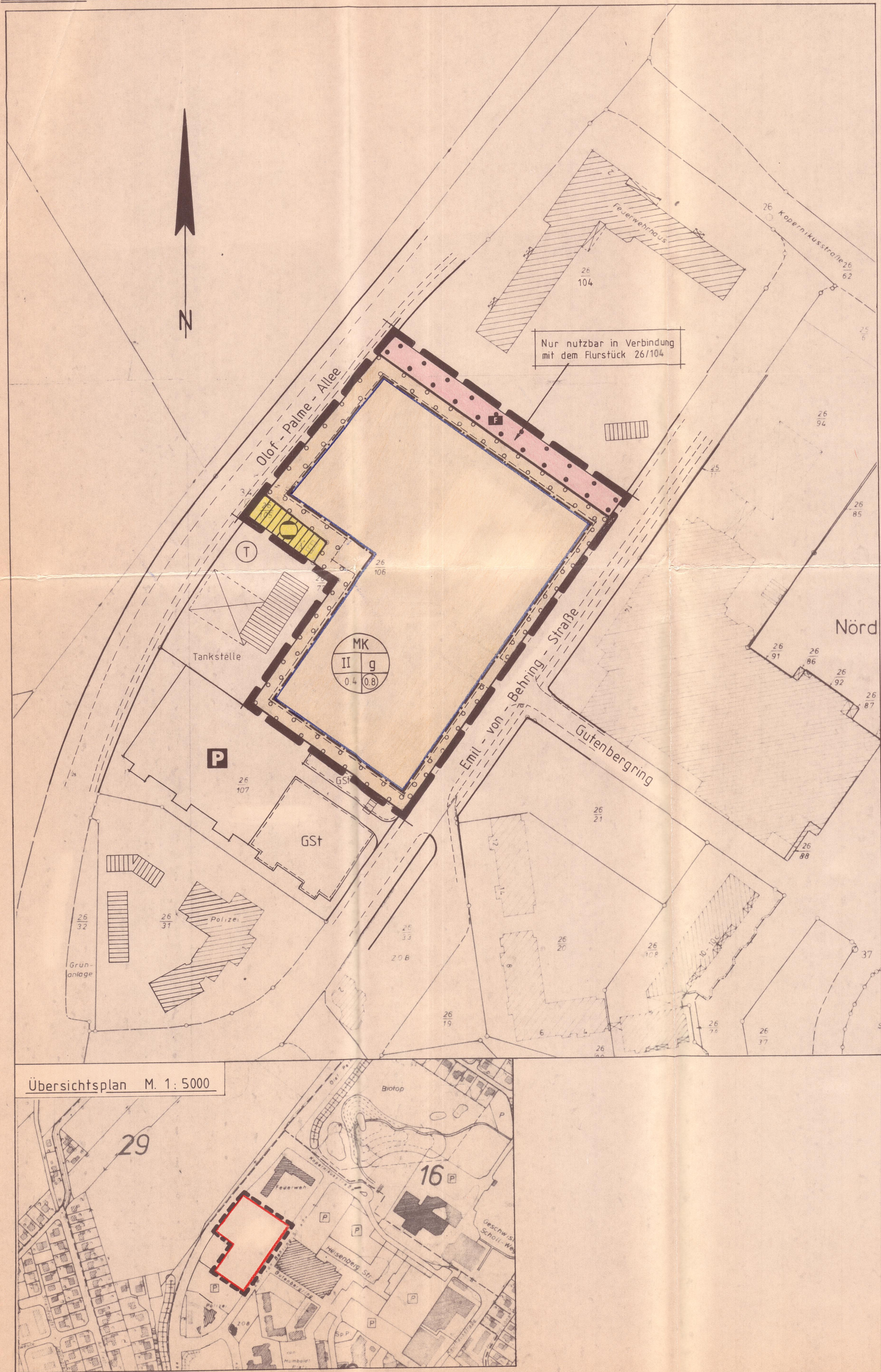


Satzung der Stadt Brunsbüttel über den Bebauungsplan Nr. 19 „City-Bereich“ – 11. Änderung

Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung vom 8. Dezember 1986 (BGBl. I S. 2253), zuletzt geändert durch Gesetz vom 11.01.1993 (BGBl. I S. 50), wird nach Beschlussfassung durch die Ratsversammlung vom 24.02.1993 und nach Durchführung des Anzeigeverfahrens beim Landrat des Kreises Dithmarschen folgende Satzung über den Bebauungsplan Nr. 19 „City-Bereich“ – 11. Änderung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), erlassen:

Teil A: Planzeichnung Maßstab 1:1000 Es gilt die Bau NVO 1990



Zeichenerklärung

I. Festsetzung

- Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)
- MK Kerngebiet (§ 7 Bau NVO)
- Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 Bau NVO)
- 0,8 Geschößflächenzahl
0,4 Grundflächenzahl
II Zahl der Vollgeschosse als Höchstgrenze
- Bauweise, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)
- g Geschlossene Bauweise (§ 22 Bau NVO)
Baugrenze (§ 23 Bau NVO)
- Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)
- F Feuerwehr
- Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB)
- Gas
- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen und Sträuchern (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)

Sonstige Planzeichen

- Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)

II. Darstellungen ohne Normcharakter

- Grundstücksgrenze
Entfallende Grundstücksgrenze
Flurstücksbezeichnung

der wie folgt umgrenzt wird: im Nord-Osten durch eine, im Abstand von 8,00 m, parallel zur Grundstücksgrenze, der Feuerwehrranlage, verlaufende Linie, im Süd-Osten durch die Emil-von-Behring-Straße, im Süd-Westen durch die Parkplätze an der Emil-von-Behring-Straße, im Westen durch das Tankstellengrundstück an der Olof-Palme-Allee, im Nord-Westen durch die Olof-Palme-Allee

Teil B: Text

1. Art der baulichen Nutzung
- In dem MK-Gebiet sind die Nutzungen gem. § 7 Abs. 2 Nr. 5 (Tankstellen) und Nr. 7 (sonstige Wohnungen) Bau NVO nicht zugelassen (§ 1 Abs. 5 und Abs. 9 Bau NVO).
2. Höhe der baulichen Anlagen
- Die O.K. Rohfußboden-Erdgeschöß wird auf max. 50 cm über O.K. Verkehrsfläche (Gehweg) festgesetzt. Die max. zulässige Geschößhöhe beträgt für das EG und I. OG je 4,00 m (§ 9 Abs. 2 BauGB).

Verfahrensvermerke

- Aufgestellt aufgrund des Aufstellungsbeschlusses der Ratsversammlung vom 09.09.1992. Die ortsübliche Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses ist durch Abdruck in der Brunsbütteler Rundschau / Brunsbütteler Zeitung am 06.10.1992 erfolgt.
Brunsbüttel, den 15.03.1993
- Die frühzeitige Bürgerbeteiligung nach § 3 Abs. 1 BauGB ist am 12.10.1992 durchgeführt worden.
Brunsbüttel, den 15.03.1993
- Die von der Planung betroffenen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 25.09.1992 zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.
Brunsbüttel, den 15.03.1993
- Die Ratsversammlung hat am 09.09.1992 den Entwurf des Bebauungsplanes mit Begründung beschlossen und zur Auslegung bestimmt.
Brunsbüttel, den 15.03.1993
- Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), sowie die Begründung haben in der Zeit vom 15.10.1992 bis zum 16.11.1992 während der Dienststunden öffentlich ausliegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zu Protokoll geltend gemacht werden können, am 06.10.1992 in der Brunsbütteler Rundschau / Brunsbütteler Zeitung ortsüblich bekannt gemacht worden.
Brunsbüttel, den 15.03.1993
- Der katastermäßige Bestand am 27.04.1993 sowie die geometrischen Festlegungen der neuen städtebaulichen Planung werden als richtig bescheinigt.
Meldorf, 27.04.1993
- L.S. gez. Maas
- Die Ratsversammlung hat die vorgebrachten Bedenken und Anregungen sowie die Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange am 24.02.1993 geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.
Brunsbüttel, 15.03.1993
- Der Bebauungsplan, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurden am 24.02.1993 von der Ratsversammlung als Satzung beschlossen. Die Begründung zum Bebauungsplan wurde mit Beschluß in gleicher Sitzung gebilligt.
Brunsbüttel, den 15.03.1993
- Der Bebauungsplan ist nach § 11 Abs. 1 Halbsatz 2 BauGB am 13.05.1993 dem Landrat des Kreises Dithmarschen angezeigt worden. Dieser hat mit Verfügung vom 18.08.1993, Az. 6.01.6.2.2.60/1911 erklärt, daß:
- er keine Verletzung von Rechtsvorschriften geltend macht,
 - die geltend gemachten Rechtsverstöße behoben worden sind.
- Brunsbüttel, den 21.09.1993
- Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgefertigt.
Brunsbüttel, den 21.09.1993
- Die Durchführung des Anzeigeverfahrens zum Bebauungsplan sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am 30.09.1993 ortsüblich bekannt gemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) hingewiesen worden. Die Satzung ist mithin am 01.10.1993 in Kraft getreten.
Brunsbüttel, den 05.10.1993